

Mehr Wald für den Klimaschutz

Nach diversen kleineren Stürmen 2017 (Frederike usw.), die schon gravierende Schäden und den Zerfall des Holzpreises für Nadelholz nach sich gezogen haben, hat das extreme Trockenjahr 2018 den Wald im Landkreis weiter zugesetzt und die Borkenkäferpopulation mit 4 Generationen extrem ansteigen lassen. Dies hat sich naturgemäß auch 2019 fortgesetzt und zu starken Ausfällen gerade bei der Hauptbaumart Fichte und auf Südhängen zu Totalausfall geführt. Dramatisch ist inzwischen, dass die Holzverkaufserlöse die Aufarbeitungskosten nicht mehr decken. Dadurch werden gerade die kleinen Privatwaldbesitzer wenig Motivation haben, ihren Wald streng zu überwachen und Holz einzuschlagen, um Borkenkäfer zu bekämpfen, was zu einer weiteren Beschleunigung der Schäden führt. Die Mittel der Waldbesitzer sind zu wenig und zu langsam und daher wirkungslos. Im Jahr 2019 war es wiederum sehr warm, aber die Niederschläge waren zumindest bisher etwa auf normalem Niveau. Allerdings braucht die Wurzelmasse der Waldbäume mehrere Jahre, um von der Reduktion des Trockenjahres wieder auf Normalgröße anzuwachsen. In dieser Phase werden vermehrt auch bei anderen Baumarten nicht vom Borkenkäfer verursachte Schäden auftreten.

Wald speichert CO₂ und wenn das gespeicherte CO₂ in Form von Holz wiederum dauerhaft verwendet wird in Form von Balken etc., dient der Wald dem Klimaschutz in einzigartiger Weise und sorgt für Linderung des regionalen Klimas.

Die FDP Fraktion beantragt daher, die bisherigen Gelder der Infrastrukturförderung in Höhe von 300.000 Euro (*Verhandlungsmasse) für die nächsten 5 Jahre ausschließlich der Ausdehnung von naturnahen holzproduzierenden Mischwaldflächen den Kommunen als 50% Förderung zur Verfügung zu stellen. Damit könnten bis zu 600 Hektar neuer Wald entstehen, der dann jährlich im Mittel etwa 5000 Tonnen CO₂ speichert.

Wald soll vor allem auf nicht für die Landwirtschaft wichtigen und ertragreichen Flächen, also eher auf Grenzertragsstandorten, entstehen.

Förderungsfähig sollen daher Flächen sein, die keinen landwirtschaftlichen Ackerland- oder Sonderkulturstatus besitzen und nicht inmitten von intensiv landwirtschaftlich genutzten Gebieten liegen. Kommunen sollen mit diesen Infrastrukturmitteln auch unterstützt werden, um Planungen für Aufforstungsgebiete festzulegen.

Die FDP Fraktion beantragt, das Thema im Umweltausschuss zu beraten auf die nächste KT Sitzung zu nehmen.

Lörrach, 4. September 2019